

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Kerschmann Dresden  
Hauptredaktion: Kerschmann Dresden  
Kurs für Adressänderung: Nr. 20011  
Schließung u. Hauptgeschäftsstelle:  
Dresden - K. L. Wartenstraße 20/21

Bezugspreis: vom 1. Mai 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung je Hektar 1,70 RM.  
Bezugspreis für Monat Mai 3,40 RM, ein Jahr 36 RM, halbes Jahr 18 RM.  
Wochenpreis: Die Ausgaben werden nach  
Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Seite 35 Pfg., für zwei Seiten 40 Pfg., Familien-  
ausgaben und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklameweite  
200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Klirrtengedruck 30 Pfg., Kustodiege Kustodiege gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Kerschmann & Reichardt,  
Dresden, Wollsch-Str. 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit druck. Genehmigung  
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## Zentrum und Sozialdemokratie Die Auseinandersetzung auf dem preussischen Zentrumsparteitag

Berlin, 11. Mai. Das preussische Zentrum trat heute im ehemaligen Herrenhaus zum vierten preussischen Parteitag zusammen, zu dem nahezu 600 Delegierte aus dem ganzen Lande erschienen waren. Unter den Ehrengästen sah man Reichsfinanzminister Dr. Brüning, Reichsverkehrsminister v. Guérard und Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, außerdem die preussischen Zentrumsmänner Dr. Hertzler, Dr. Steiger und Dr. Schmidt. Als Vertreter der Zentrumsfraktion des Reichstages war Vizepräsident Esser erschienen, als Vertreter der deutschen Zentrumspartei der Abg. Joss.

Der bisherige Vorsitzende, Geheimrat Dr. Vorsch, der nunmehr im 78. Lebensjahre steht, teilte in seiner Begrüßungsansprache mit, daß er die Würde dieses Amtes nunmehr niederlegen müsse. Im Einvernehmen mit dem Parteivorstand schlug unter förmlichem Beifall Dr. Vorsch den Führer der Landtagsfraktion, Dr. Hek, zu seinem Nachfolger vor.

**Einstimmig wurde Dr. Hek gewählt.**

Dr. Vorsch und Herold wurden zu Ehrenvorsitzenden ernannt. Der neue Vorsitzende, Dr. Hek, gelobte unter dem Beifall des Parteitages, gute Zentrumspolitik zu treiben.

**Der neue Vorstand**

setzt sich zusammen aus 12 Arbeitervertretern einschließlich der aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen Staatsbeamten, 9 Frauen, 9 Landwirten, 8 Mittelständlern, 5 Angehörigen der freien Berufe, 4 Vertretern der Jugendlichen, 10 Beamten ausschließlich der bei den Vertretern der Arbeiterschaft genannten, ferner 3 geistlichen Mitgliedern und 2 Parteibeamten. Zu stellvertretenden Vorsitzenden der Partei wurden gewählt Justizrat Wönnig (Köln), Oberpräsident Gronowski (Münster), Frau Abg. Hek-Berger (Berlin) und Kanonikus Dr. Dite (Regenitz).

Nach einer Begrüßung des Parteitages durch Dr. Pfeifer (München), der die Grüße der Bayerischen Volkspartei überbrachte, erstattete

**Dr. Hek als Vorsitzender der Landtagsfraktion**

den Bericht über die politische Lage in Preußen und im Reich. Er erinnerte an den letzten Preuentag, der hauptsächlich dem Probleme der Reichsreform gewidmet war. Die sogenannte Länderkonferenz habe Klarheit darüber geschaffen, daß für eine Neuaufstellung des Reiches und Verwirklichung Preußens eine parlamentarische Wehrheit nirgends zu haben ist. Die Zentrumsfraktion des Landtags bleibe bei ihrer Ueberzeugung, daß es für Deutschland kein Segen wäre, wenn man versuchen wollte, an seiner Struktur etwas Wesentliches zu ändern. Sie halte es vielmehr für eine der dringlichsten Aufgaben des Reiches,

**das Eigenleben seiner Länder energischer zu schützen**

und zu härten als bisher. — Der Redner bespricht dann zunächst die Entwicklung der preussischen Politik seit 1920. Der staatspolitische Aufbau der jungen preussischen Republik habe sich ruhig und stetig vollzogen. Den Begriff der politischen Krise habe es seit langen Jahren nicht mehr gegeben. Man möge sich, so erklärt der Redner, recht wie links darüber klar werden, daß die deutsche Zentrumspartei ihre Landtagsfraktionen nicht etwa lediglich als Annexe der Reichstagsfraktion angesehen wissen will. Die preussische Zentrumsfraktion muß ihre politische Linie selbst bestimmen. Sie orientiert sich grundsätzlich an den Verhältnissen in Preußen selbst. Andererseits möchte ich allerdings auch keinen Zweifel darüber lassen, daß die Orientierung unserer Politik in Preußen ebensofort durch andere Umstände beeinflusst werden kann. In weiten Kreisen der Zentrumspartei wird z. B. augenblicklich die Frage erörtert, wie die preussische Zentrumsfraktion sich zu der Opposition der Sozialdemokratie im Reich gegen das Kabinett Brüning zu stellen gedenke.

Wir stehen mit unserer Reichstagsfraktion unter dem peinlichen Eindruck, daß die Sozialdemokratie im Reich eifrig nach einer Hintertür gepökt hat, um sich den innerpolitischen Konsequenzen des Youngplans zu entziehen.

Wenn die größte Partei des Reichstages sich jetzt zum soundso-welsten Male in kritischen Augenblicken aus offenbar rein agitatorischen Gründen der Verantwortung entzieht, so sollte sie sich endlich darüber klar werden, daß das eine ganz

**unabsehbare Schädigung für die Idee der deutschen Demokratie**

bedeutet. Es wird wohl nicht verkannt werden können, daß sowohl der Mangel an Verantwortungsgefühl bei der Sozialdemokratie im Reich als auch die rücksichtslose Form der Opposition, die seit Wochen in der ganzen sozialdemokratischen Presse beliebt wird, für das staatspolitische Zusammenarbeiten der jetzigen Koalition in Preußen zum mindesten nicht förderlich ist. Es muß durchaus anerkannt werden, daß der preussische Ministerpräsident für die von uns erhobenen Beschwerden alsbald volles Verständnis bekundet hat. Ob seine Einsinknahme nach dem Reich hin von Erfolg begleitet sein wird, bleibt abzuwarten.

Der Redner wendet sich nun der Koalitionspolitik in Preußen zu. Es sei das Wesen der parlamentarischen Koalition, daß jeder ihrer Teilhaber gelegentlich nachgeben müsse. Der große Erfolg des Zentrums war das Konfordat.

**Das Konfordat ist ein historisches Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung.**

Der Zentrumspartei ist es hier zum ersten Male in ihrer langen Geschichte verdonnert gewesen, eine große parlamentarische Aktion in unmittelbarer Verbindung und in enger Gemeinsamkeit mit dem heiligen Stuhl durchzuführen. Der

sozialdemokratische Kultusminister in Preußen dagegen ist ein unbequemes Minus, wenn dies auch gegen das überragende Plus des Konfodats in den Hintergrund zu treten hat. Ein Sozialdemokrat als Kultusminister löst bei der Wählerschaft des Zentrums besonders unbehagliche Gefühle aus.

Die große Emanzipation, die uns Katholiken mit der Demokratie erstanden ist, hat dem Zentrum mit einem Schläge ganz andere Auswirkungsmöglichkeiten verschafft. Daraus resultiert auch die ganz veränderte Arbeitsweise unserer Zentrumsfraktion. Darüber müssen wir uns allerdings klar sein, daß

**der liberalmaterialistische Zeitgeist von Tag zu Tag enger zu nehmen**

ist. Im Liberalismus sucht man angestrengt nach der Formel, auf die sich die parteipolitisch getrennten Flügel veränderten können. Daneben steht die ausgesprochene Feindschaft der breiten sozialistischen Massen gegen

### Fußballländerkampf Deutschland-England 3:3

Ueber 30 000 Zuschauer waren Zeuge eines gigantischen Kampfes im Deutschen Stadion Berlin. Der Dresdner Hofmann schießt die drei Tore.

(Ausführlicher Bericht im Sportteil.)

Christentum und Kirche. Beide Strömungen sind zwar graduell unter sich verschieden; sie entspringen aber letzten Endes derselben Wurzel: der Feindschaft gegen das positive Christentum.

**Wenn das Zentrum trotzdem mit Liberalismus und Sozialismus zusammenarbeitet,**

dann tut es das unter dem Zwang der politischen Umstände und aus der Erfahrung heraus, daß es durch positive politische Einflüsse seiner weltanschaulichen Einstellung am besten Weltung verschaffen kann. Dem Zeitgeist selbst aber müssen wir größte Aufmerksamkeit zuwenden, um so mehr, da als letzte und wildeste Ausgeburt des antichristlichen Freidenkertums seit kurzem der

**Kulturvolkswidernis in Rußland**

vor uns steht, der seine Tendenzen auch nach Deutschland zu tragen bemüht ist."

Der Redner weist dann darauf hin, daß die jetzige preussische Regierung bekanntlich in einem Kampf gegen die Volkspartei entstanden sei. Die Volkspartei habe es sich selbst zuzusprechen, wenn die bestehende Koalition förmlich aufzulösen würde gegen eine ziffernmäßig fast gleich starke Opposition. Zu stützen sei sie nicht, es sei denn durch sie selbst. Andererseits könne sie auch nicht als ein voll befreier Zustand angesehen werden. So, wie die politischen Machtverhältnisse in Deutschland gelagert sind, wäre im allgemeinen die Form der Großen Koalition das Vernünftige. Die Weiterentwicklung müssen wir abwarten. Mag eine zukünftige Regierung in Preußen aussehen, wie sie will: legt sie Wert darauf, daß das Zentrum an ihr beteiligt ist, so muß ihre demokratische Einstellung und ihre Verfassungstreue unzweifelhaft feststehen!

Daran schloß sich eine Ansprache, die in den Mittagstunden abgeschlossen wurde. Als Vertreter der Reichspartei sprach deren stellvertretender Vorsitzender, Joss, der dem Parteitag die Grüße des Parteivorstandes Dr. Kaas und der gesamten Partei überbrachte und der Landtagsfraktion den Dank für ihr Wirken aussprach. An der Treue der preussischen Zentrumsfraktion zu der bestehenden Reichskoalition dürfe nicht gezweifelt werden, aber es gehe auch nicht an, daß ein Koalitionspartner auf Kosten dieser Treue des Zentrums sündigen könne. — Für die Reichstagsfraktion des Zentrums sprach Abgeordneter Esser, der feststellte, daß die Reichstagsfraktion, wenn es zum äußersten komme, auf die Treue der Landtagsfraktion fest rechnen könne. Dr. Scheelmann, Saarbrücken, versicherte den Parteitag der Treue der

laarländischen Bevölkerung. Der 2. Vorsitzende der Rheinischen Zentrumspartei, Kailer, Köln, betonte im Gegensatz zu den Ausführungen des Vorsitzenden, daß die Reichsreform im Sinne einer weiteren Fortentwicklung des Reiches voranzutreiben werde.

**Professor Brauer (Köln)**

hielt eine Rede über „Wirtschaftspolitische Probleme der Gegenwart“. Das Verhältnis zwischen den einzelnen Teilen der Wirtschaft sei ungesund, daher die Unmöglichkeit des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage, daher Störungen, Arbeitslosigkeit und das Aufkommen der vielen „nationalen Industrien“ und das industrielle Erwachen an vielen Stellen der Welt erfordere zweierlei: den Schutz der nationalen Arbeit und die Anbahnung des richtigen Verhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Sicherung der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft sei in erster Linie Ergebnis der Kraftanstrengung der Landwirtschaft selber. Vorübergehend sei die Einrichtung von Schutzzöllen notwendig. Deutschland brauche ein elastisches Zollsystem, das fast gleichstarke Opposition. Zu stützen sei sie nicht, es sei der Landwirtschaft bringen müsse. Auch die Verbraucherbewegung verleihe pflegliche Behandlung. Von grundlegender Wichtigkeit sei die Herbeiführung einer gemeinsamen Front der beiderseitigen Genossenschaften.

An der Ansprache über das wirtschaftspolitische Referat Brauers beteiligten sich unter anderen auch die preussischen Minister Dr. Steiger und Dr. Hertzler sowie der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Dieser stellte fest, daß die gesamten öffentlichen Ausgaben sich auf rund 28 Milliarden belaufen und erklärte, aus dieser großen Summe ergebe sich schon, daß die Steuerpolitik der nächsten Jahre nicht sozial eingestellt sein könne.

In seinem Schlußwort erklärte der Parteivorstand, Dr. Hek: Der Appell des preussischen Ministerpräsidenten Braun habe bei der sozialdemokratischen Presse leider ein Echo gefunden, von dem man annehmen müsse, daß der Ministerpräsident keineswegs damit zufrieden sein könne. Die Gutmütigkeit des Zentrums habe seine Grenzen.

**Wenn es der sozialdemokratischen Leitung nicht gelinge, ihre Presse auf eine wirklich staatspolitische Einstellung zu führen, dann werde das Zentrum auf den Punkt geraten, wo es nicht mehr mitmachen könne.**

Es gewinnt fast den Anschein, als wolle die sozialdemokratische Presse das Zentrum auf einen kritischen Punkt der inneren Politik hindrängen.

Einstimmig nahm der Parteitag eine Entschliebung an, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Pariser Verhandlungen zur restlosen Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem Reiche führen. Von der bevorstehenden Tagung des Völkerbundesrates wird die Abberufung des französisch-belgischen Vorkrieges im Saargebiet und eine Aufforderung an die Regierungskommission erwartet, den französischen Plänen, deutsche Kinder in französische Schulen zu zwingen, wirksam entgegenzutreten. Ferner wird schärfste Verwahrung gegen die Absichten der Regierungskommission und der französischen Grubenverwaltung eingeleitet, den Arbeitern aus dem anzureichenden Reichsgebiet ihre Verdienstmöglichkeiten zu nehmen. Schließlich werden Reich und Länder aufgefordert, schon jetzt alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um der deutschen Bevölkerung bei ihrem Wiedereintritt in die deutsche Gesamtwirtschaft unnötigen Schaden zu ersparen.

Dieser drastische Berliner Schriftleitung: Das Ergebnis des preussischen Zentrumsparteitages entspricht den skeptischen Erwartungen, die man in politischen Kreisen schon längst vorausgesehen hatte. Die preussische Zentrumspartei hat zwar etwas Theaterdonner vom Stapel gelassen, jedoch ängstlich vermieden, Andeutungen in der Richtung zu machen, als sei eine Lösung der Preußenkoalition in absehbarer Zeit denkbar. Damit erweist sich aber auch, daß das Wortgefecht zwischen dem Zentrum und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun im Landtag, das vielfach falsch bewertet wurde, nicht geeignet war, auf ernste Kompensationen hinzuwirken. Es bleibt also in Preußen alles beim Alten: Sozialdemokratie und Zentrum werden weiterhin Seite an Seite marschieren, und das Kabinett Brüning wird sehen müssen, ob es bei einer solchen Lage überhaupt fruchtbare Arbeit wird leisten können.

## Moldenhauer über Aufgaben der Finanzpolitik Senkung der Steuerlasten - Rationalisierung der Verwaltung

Frankfurt, 11. Mai. Am Sonnabendabend sprach Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Frankfurt a. D. über die finanzielle Lage des Reiches. Er führte u. a. aus:

Das erste Ziel der Finanzpolitik müsse sein, die Steuerlasten zu senken. Die Vorbedingung dafür sei eine geordnete Kassenlage des Reiches.

Er habe daher die bei der Übernahme seines Amtes völlig zerstückelten Reichsfinanzen zunächst in Ordnung bringen und einen in sich ausgeglichenen Haushaltsplan aufstellen müssen.

Das sei nur möglich gewesen durch neue Steuern. Er habe die erforderlichen Mittel durch Erhöhung der indirekten Steuern beschafft, da die alte, von der SPD. lange Jahre verfolgte Theorie von der unsozialen Wirkung indirekter Steuern heute überlebt sei.

Im nächsten Jahre könne eine Senkung der Steuern um etwa 600 Millionen Mark durchgeführt werden, falls die Regierung Brüning im Amte bleibe.

Im nächsten Jahre drohe allerdings Gefahr von der völlig unzureichenden Belastung des Haushaltes durch die Erwerbslosensfürsorge. Deswegen müsse Hand in Hand mit den Steuerentlastungsmaßnahmen eine vernünftige Sozialpolitik gehen, die zwar alle berechtigten Forderungen erfülle, aber Ueberspannungen und Auswüchse des Systems beseitige. Die Erwerbslosigkeit müsse nicht an ihren Symptomen kuriert werden, sondern müsse an der Wurzel angefaßt werden, und zwar dadurch, daß man die Wirtschaft belebe und Arbeit schaffe. Eine solche Maßnahme stelle das von der SPD. als reaktionär bekämpfte Disprogramm dar, das von der Regierung verabschiedet worden sei und am Mittwoch dem Reichstag und Reichsrat zugehen werde. Auch über die Hebung des Roggen-